

PDS erhält Mandate und Probleme

Die Wahlen des vergangenen Wochenendes zeigen eine Gesellschaft im Umbruch. Das herausragende Ergebnis ist die Entwicklung der PDS im Osten. Die Stimmanteile, die hier erreicht wurden, zeigen erstmals an, dass die politisch interessierte Bevölkerung bezweifelt, dass der Vorrang der Marktwirtschaft den Ländern im Osten eine Entwicklungschance bietet. Die PDS ist die einzige Partei, die den Vorrang der Kapitalinteressen bestreitet. Sie ist damit die einzige Partei, die eine Debatte über eine neue, auf öffentliches, gemeinnütziges, kommunales und genossenschaftliches Wirtschaften abgestützte Entwicklungsstruktur überhaupt zulässt. Die politische Struktur, die sich in den Ostländern jetzt abzeichnet, schafft auf der Ebene des politischen Systems eine Konstellation, in der die Hegemonie der Kapitalinteressen prinzipiell nicht mehr besteht. Eine solche Hegemonie könnte nur Bestand haben, wenn alle wesentlichen Kräfte, die die Organisation der politischen Ordnung teilnehmen, unumstößlich an ihr festhalten. Die neue Konstellation auf der Ebene der Länder bringt aber keineswegs automatisch entsprechende Entwicklungsstrategien hervor. Andererseits werden die verschiedenen Ansätze, die in Gestalt von Landesentwicklungsplänen, Perspektivpapieren usw. die PDS tragen, eine ganze andere Öffentlichkeit genießen, in deren Diskussion sich dann herausstellen muss, ob neue Konzepte des Wirtschaftens Entwicklungschancen bieten und mehrheitsfähig sind. Die jetzt entstandene Situation darf nicht mit der Konstellation gleichgesetzt werden, die etwa in Mecklenburg-Vorpommern oder gar im Land Berlin gegeben ist. Das sind Konstellationen, die von der sozialdemokratischen Annahme getragen werden, dass durch geeignete Vorleistungen des Staates die um den Fixstern der Kapitalinteressen kreisende Gesellschaft in Konjunktur versetzt werden kann.

Die SPD hat nicht nur bei der Landtagswahl im Osten verheerend verloren, sondern auch bei den Europawahlen im Westen. Umfrageergebnisse zeigen, dass die Verluste sich daraus ergeben, dass SPD-Politik die Funktion nicht mehr erfüllen kann, um derentwillen sie gewählt wurde. So schreibt Frau Professor Dr. Renate Köcher vom Allensbach-Institut in der FAZ vom 16.6.04 unter der Überschrift „In der Regierungsverantwortung verliert die SPD ihre Identität“. Sie führt weiter aus:

„Im Zuge der ihr durch die Probleme aufgezwungenen Reformen büßte die SPD immer mehr das Vertrauen ihrer Klientel darauf ein, dass das sozialdemokratische Credo noch Gültigkeit besitzt. Nur 18 Prozent der Bevölkerung und nur

noch 32 Prozent der Anhänger der SPD haben den Eindruck, dass die SPD sich bei ihrer Reformpolitik auch an dem Ideal der sozialen Gerechtigkeit orientiert und sich bemüht, die Lasten sozial ausgewogen zu verteilen. Es ist nicht gelungen zu vermitteln, dass die Reformen im Interesse aller Bevölkerungsgruppen und -schichten liegen. Die überwältigende Mehrheit sieht Nutznießer und Betroffene der Reformen strikt getrennt, als Nutznießer in erster Linie den Staat, die ‚Reichen‘ und die Unternehmer, als Reformopfer dagegen die Älteren (71 Prozent), Armen (70 Prozent), Geringverdienenden (69 Prozent) Arbeitslosen (58 Prozent), Familien mit Kindern (57 Prozent), die Jüngeren (52 Prozent) und die Arbeitnehmer insgesamt (56) Prozent (...)

Im Spätsommer des letzten Jahres zählten 53 Prozent der Bevölkerung die ältere Generation zu den Hauptbetroffenen, jetzt 71 Prozent, sozial Schwache rechnet im letzten Jahr 59 Prozent, jetzt 70 Prozent zu den Reformopfern. Familien mit Kindern 57 Prozent. Dies liegt so quer zu allem, was gerade eine sozialdemokratisch orientierte Wählerschaft von ihrer Partei erwartet, dass der erdrutschartige Verfall ihrer Wählerbindungen und -motivation unausweichlich war.“

Frau Köcher führt diese Entwicklung auf die anhaltende Wachstumsschwäche der Wirtschaft zurück. Dem kann man sich anschließen, allerdings mit der Anmerkung, dass die Grundstruktur der SPD-Politik gerade auf der Annahme beruht, es sei möglich, durch staatliche Interventionen Wirtschaftswachstum als Grundlage des Sozialstaates zu gewährleisten. Auf dieser Annahme beruht die Fähigkeit der Sozialdemokratie, ihre Klientel zu Zurückhaltung und Verzicht zu bewegen, weil und soweit es dann wieder der Konjunktur nützt.

Das war die Konstante sozialdemokratischer Politik, die sich in der Erfahrung der Nachkriegszeit mehr als ein halbes Jahrhundert lang festigte. Und nicht nur sozialdemokratischer, sondern auch christlich-sozialer Politik und sozialliberaler Politik. Das Vertrauen in diese Grundkonstante ist schwer erschüttert, noch mögen viele der Enttäuschten annehmen, dass es nur diese Regierung ist, die „es nicht kann“. Aber die personellen und sachlichen Alternativen liegen ja keineswegs zum Greifen nahe da.

In dieser Konstellation triumphierten die Grünen. Sie konnten Wähler gewinnen, weil die soziale Differenzierung der Gesellschaft eben nicht nur Verlierer produziert, sondern auch Gewinner, die gleichwohl darauf Wert legen, nicht einfach im Kielwasser der Kapitaleigner und Reichen zu schwimmen. Dazu

kommt, dass die Entwicklung der Öko-Industrie in der BRD Exportchancen und ein interessantes Zusammenspiel von internationaler und EU-weiter Vorschriftengebung und Entwicklung dieses neuen Geldes ermöglicht. Die explosionsartige Ausdehnung der Grünen geht mithin ebenfalls auf eine Veränderung gewisse Grundannahmen zurück, die die Partei bisher nicht ausschließlich, aber eben auch getragen haben. Sie ist von der Bereitschaft getragen, Vorteile, die das System der Kapitalverwertung bietet, rücksichtslos auszunutzen. Diese Rücksichtslosigkeit hat sich außenpolitisch gezeigt in der Bereitschaft zum Angriff auf die Jugoslawische Republik mit dem Ziel der Zerstörung ihrer politischen Ordnung. Sie manifestiert sich in der Afghanistanpolitik. Sie manifestiert sich zunehmend in der Sicherheitspolitik und in der Ausländer- und Asylpolitik. Die Grünen befinden sich im Moment in der komfortablen Lage, das alte Lied der Besitzstandswahrung mit dem Flair der Modernisierung zu verbinden, diese Konstellation ist aber instabil.

Die PDS hat im Westen ihre Position im Parteiengefüge verteidigt und teils ausgebaut. Schaut man allerdings auf Städte, in denen die PDS bei der Europawahl im Grunde stagnierte oder sogar verlor, kriegt man eine im negativen Sinn beeindruckende Liste, Berlin, Hamburg, Frankfurt, Mannheim, Freiburg, Heidelberg, Karlsruhe, Stuttgart, München. Selbst wenn in diesen Städten in der Bilanz alles so ungefähr beim Alten blieb, gab es erhebliche Verschiebungen, nämlich Verluste in den Hochburgen der Grünen und Zugewinne in Wohnbezirken mit niedrigem Einkommen. Diese Beobachtung deckt sich mit der Erfahrung, dass die Politik der PDS in der gesellschaftskritischen Diskussion besonders der Jüngeren an Ansehen verloren hat. Kampagnen mit Schlagworten wie „es reicht“ bessern da nichts. In dieser ziemlich klar erkennbaren Schwäche der PDS stecken große Probleme. Die Partei muss im Kampf um die öffentliche Meinung der Tendenz zur zynischen Vorteilsnahme, die breit aufwächst, eine Konzept entgegenzusetzen, das, dem Ziel der Solidarität verpflichtet, eine Kritik des verwertungsorientierten Gesellschaftssystems ermöglicht und darüber hinaus auch noch die Möglichkeit konstruktiver Reformpolitik sieht.

Dazu ist politische Praxis nötig, und auch deswegen kann man kaum hoch genug einschätzen, dass die stärker oder schwächer auf sozialistische, linke Politik bezogenen Listen bei den Kommunalwahlen in Baden-Württemberg ihre Positionen verteidigen und ausbauen konnten (siehe Tabelle nächste Seite).

Kommunalwahlergebnisse der PDS in Baden-Württemberg

Ort	Größe des Gremiums	Stimmen	Prozent	Mandate	gewählt	Ergebnis 1999		PDS-Europa 2004
Karlsruhe	48	103.686	2,6%	1	Niko Fostiroopoulos	2,2%	1 Mandat	EU: 2,1% +0%
Konstanz	40	33.095	3,5%	1	Michael Venedey	2,4%	1 Mandat	EU: 2,2%
Stuttgart	60	187.412	1,8%	1	Ulrike Küstler	1,7%	1 Mandat	EU: 1,9% +0% Region: 1,7%
Region Stuttgart	80-90	9.238	1,0%	0		0,0%	0 Mandat	umfasst Stuttgart + 5 Landkreise
Tübingen	48	115.212	8,6%	4	Gerhard Bialas, Anton Brenner, Gerlinde Strasdeit, Günter Kehrer	6,9%	3 Mandate	EU: 4,8% +0,9%
Tübingen, Kreistag	21	48.349	7,8%	2	Gerhard Bialas, Anton Brenner,	6,5%	1 Mandat	
Offenburg, Kreistag	11	3.835	2,0%	0		0,0%	0 Mand.	EU: 1,64% +0,5%
andere linke Listen mit PDS-Beteiligung								
Mannheim, LiLiMA	48	87.829	2,3%	1	Gudrun Kuch	DKP: 1,5%	0 Mandat	EU: 2,02% -0,1%
Heidelberg Bunte Linke	40	55.911	3,1%	1	Dr. Arnulf Weiler-Lorentz	PDS: 2,5%	1 Mandat	EU: 2,2% -0,3%
Freiburg, Linke Liste solidarische Stadt	48	199.822	6,3%	3	Michael Moos, Hendrikk Guzzoni, Ulrike Schubert	Linke Liste/ Friedensliste 4,2%	2 Mandate	EU: 2,6% -0,4%

Etwas näher soll auf das Stuttgarter Ergebnis eingegangen werden. Hier erzielte die PDS 1,8% und damit ist Ulrike Küstler wieder in den 60-köpfigen Rat gewählt. Die PDS hatte hier eher mehr Konkurrenz als bei der Wahl 1999: die trotzkistische SAV und eine MLPD-nahe Liste kandidierten und erhielten zusammen 0,5%; die Bündnisliste „Stuttgart ökologisch sozial“ aus der ödp, aber auch mit einigen Gewerkschaftern und Vertretern der griechischen und italienischen Gemeinde, erhielt 1,7% und damit ebenfalls ein Mandat.

Auch bei der Kommunalwahl scheint, so deuten die ersten Stadtteilergebnisse an, haben bedeutende Änderungen im Wählerfeld stattgefunden. Wo die Grünen sehr stark sind, stagnierte oder sank der PDS-Stimmenanteil bei der Kommunalwahl, z.B. in Stuttgart-Mitte von 3,4 auf 2,2%. Dagegen stieg er in Wohnvierteln mit relativ hohen Anteilen von Arbeitern, ausländischer Wohnbevölkerung und Sozialhilfebeziehern, wo die Grünen schwache und die SPD stärkere Ergebnisse hat, z.B. in Stuttgart-Zuffenhausen von 1,7 auf 2,6%. Also auch bei den Kommunalwahlen, so scheint es, gab es Verluste bei den jüngeren Wählern und der Intelligenz.

Der Erfolg der Europa-Liste bringt Chancen und Verpflichtungen mit sich. Da ist zum einen die Entwicklung der europäischen Linkspartei, die Möglichkeiten enthält, der gefährliche Entwicklung der Standortkonkurrenz etwas entgegenzusetzen, hier wird besonders die Vermittlung von Diskussion in den metropolitanen Räumen im Sinne der solidarischen Stadt eine Aufgabe.

alk, maf

Stellungnahmen der PDS

Lothar Bisky: Ab heute beginnt der Kampf um den Wiedereinzug in den Bundestag

Wir werden nach den besten Wahlergebnissen auf Bundes- und Landesebene nicht übermütig, sondern beharrlich daran arbeiten, weiter das Vertrauen der Wählerinnen und Wähler zurück zu gewinnen, erklärte Lothar Bisky vor den Medien in Berlin.

Die PDS ist mit einem Wahlergebnis, das ihr viele nicht zugetraut haben, in die Bundespolitik zurückgekehrt. Mit 6,1% bei der Europawahl und 26,1% bei der Landtagswahl in Thüringen haben wir die bis jetzt überhaupt besten Ergebnisse auf Bundes- und Landesebene erreicht. Die PDS ist die einzige Partei, die ihre Wahlziele in vollem Umfang erreicht hat – die absolute Mehrheit der Mandate für die CDU in Thüringen konnte die PDS im Alleingang nicht brechen, aber mit -8% ist sie auch alles andere als strahlend. Wir haben mit harter Arbeit, glaubwürdigen politischen Angeboten, überzeugenden Kandidatinnen und Kandidaten und ehrlicher Politik Vertrauen wieder zurückgewonnen, das wir bei den Bundestagswahlen verloren hatten. Damit ist die erste Etappe auf unserem Weg in Fraktionsstärke zurück in den Bundestag erfolgreich bestanden – die PDS hat sich konsolidiert und zeigt, dass sie Wahlen wieder gewinnen kann.

Wir werden nicht übermütig werden, sondern diesen Weg beharrlich und mit

Ausdauer fortsetzen. Die Wählerinnen und Wähler können sich darauf verlassen, dass wir die Lektion von 2002 gelernt haben. Ab heute beginnt für die PDS der Kampf um den Wiedereinzug in Fraktionsstärke in den Bundestag.

Mit dem Abschneiden der PDS wurde deutlich:

1. Die Basis für den Erfolg der PDS liegt im Osten. So wie wir hier zu neuer Stärke finden, gewinnen wir zugleich an bundespolitischem Gewicht und Ausstrahlung. Mit ihrem Votum, die PDS im Osten klar zur zweitstärksten Kraft zu machen, haben die Wählerinnen und Wähler signalisiert, dass sie endlich von der Politik ernst genommen werden wollen und statt mit Versprechungen und heißer Luft abgespeist zu werden, an einem Aufbau Ost mitwirken wollen, der hält, was er verspricht und verspricht, was er halten kann. Unsere Aufforderung, die Lage nicht mehr schönzureden, sondern mit schonungslosem Realismus zu analysieren und daraus die notwendigen Schlussfolgerungen zu ziehen, bleibt bestehen. Die Weichenstellungen für einen neuen Anfang im Osten müssen jetzt vorgenommen werden, die PDS wird ihren Beitrag leisten. Auf dieser Grundlage werden wir unseren Weg als bundesweite sozialistische Partei fortsetzen und auch im Westen um größere Akzeptanz ringen. Bei den Europa- wie bei den Kommunalwahlen gelangen uns dabei erste deutliche Achtungszeichen wie in Hannover (3%) oder Tübingen (4,8%).

2. Die soziale Frage rückt immer mehr in den Focus der Wählerinnen und Wähler. Die PDS hat sie in den Mittelpunkt ihres Wahlkampfes gestellt und seit der verlorenen Bundestagswahl hart an rea-

listischen Konzepten für Reformen hin zu mehr sozialer Gerechtigkeit gearbeitet. Mit dem Wahlerfolg der PDS wie mit den Verlusten selbst des Wahlsiegers CDU wird die Mär von der angeblichen Alternativlosigkeit der herrschenden Sozialabbaupolitik, egal ob sie nun rot-grün oder schwarz-gelb daherkommt, ad absurdum geführt. Unsere Agenda sozial mit ihrem Konzept für eine Mindestrente von 800 Euro, mit Vorschlägen für eine solidarische Gesundheitsreform, mit einem modernen Steuerkonzept ist eine Alternative zu Hartz I bis IV, Praxisgebühr und Umverteilung von unten nach oben. Wir werden in den kommenden Monaten insbesondere darum kämpfen, dass die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe auf dem Niveau der Sozialhilfe gestoppt wird. Dabei wollen wir mit sozialen Bewegungen, Gewerkschaften, Kirchen, Sozialverbänden zusammenarbeiten.

3. Die PDS ist die konsequente Antikriegspartei in Deutschland. Wir werden daran keine Abstriche zulassen. Darauf können sich die Wählerinnen und Wähler verlassen. Trotz massiver Plakatierung der SPD, die ihren gesamten Wahlkampf auf dieses Thema ausgerichtet hatte, haben die Wählerinnen und Wähler wie in der Frage der sozialen Gerechtigkeit auch in der Frage der Antikriegshaltung der PDS die höchsten Kompetenzen aller Parteien zugesprochen. Das zeigt: die PDS hat die Verluste in allen drei Kernthemen der Partei aufgeholt und an eigenständigem Profil gewonnen. Wir haben uns auf keine Koalitionsspielerien eingelassen, sondern den Wählern gesagt, was Sache ist. Wir werden an dieser Kenntlichkeit der PDS weiterarbeiten und die Erneuerung der Partei fortsetzen.

4. In den Interpretationen des gestrigen Abends wurde verschiedentlich behauptet, die PDS habe nur von der schlechten Wahlbeteiligung profitiert, sei also quasi nur auf eine Art halbdemokratische Weise zu ihrem Wahlerfolg gekommen. Die PDS hat in Thüringen aber auch absolut an Stimmen zugelegt und auch bei der Europawahl die Stimmenzahl von 1999 übertroffen. Deshalb ziehe ich mir diese Jacke nicht an. Ich halte das Barmen über die niedrige Wahlbeteiligung für eine einzige Heuchelei. Die Wählerinnen und Wähler wollen ernst genommen werden und wollen, dass ihre Stimme demokratisches Gewicht hat. Deshalb fordere ich insbesondere die Union, aber auch Grüne und SPD auf, den Weg für eine Volksabstimmung über die Europäische Verfassung freizumachen. Wenn diese am 8. Mai 2005 stattfindet, bleibt auch noch genug Zeit, die schweren Geburtsfehler dieser Verfassung zu korrigieren.

5. Die Ergebnisse der Kommunalwahlen haben gezeigt, dass die PDS sich auch in dieser Beziehung auf ihre Wurzeln besonnen hat. Stärkste Partei in Magdeburg und Halle, deutliche Zugewinne in Flä-

chenkreisen wie dem Vogtland und der Sächsischen Schweiz, Behauptung als zweitstärkste Partei in schwieriger Situation in Mecklenburg-Vorpommern sprechen dafür, dass die Arbeit in den Kommunen von den Wählerinnen und Wählern honoriert wird. Wir werden das kommunalpolitische Engagement zum Thema eines Parteitages machen.

André Brie, Wahlkampfleiter: Ursachen, Hintergründe und Signale des Wahlerfolgs

1. Die PDS hat prozentual den größten Wahlerfolg ihrer bisherigen Geschichte erreicht. Dieses Wahlergebnis ist ein starkes Signal für bundespolitische Rückkehr der Partei des Demokratischen Sozialismus. Trotz weiter gesunkener Wahlbeteiligung hat die PDS gegenüber 1999 auch absolut rund 12.000 Stimmen dazu gewonnen. Erstmals ist die PDS in einem Bundesland – Brandenburg – wählerstärkste Partei geworden, und das mit klarem Vorsprung. In vier Bundesländern – Thüringen, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern – liegt die PDS auf Platz 2. In fünf westdeutschen Bundesländern wurden mehr als zwei Prozent erreicht: Bremen (3,7 %), Hamburg (2,8 %, allerdings mit einem Verlust von 0,5 Prozentpunkten), Nordrhein-Westfalen (2,1 %), Hessen (2,1 %), und im Saarland (2,0 %).

2. Europa- und Thüringenwahl standen im Zeichen einer Abrechnung der Wählerinnen und Wähler mit der Politik des Sozialabbaus. Die deutlichen Verluste der CDU/CSU und die Gewinne der PDS, aber auch die niedrige Wahlbeteiligung weisen darauf, dass es sich um mehr als eine Protestwahl gegen die Regierungspolitik gehandelt hat. Offenkundig wollen mehr Menschen als in der Vergangenheit eine echte Alternative zur neoliberalen Politik.

3. Das Wahlergebnis der PDS ist meiner Meinung nach wesentlich darauf zurückzuführen, dass die PDS mit dem Sonderparteitag im Sommer 2003 und ihrem Programmparteitag im Oktober eine deutliche Veränderung ihrer Politik, Strategie und politischen Kultur vollzog und sich mit großer Ernsthaftigkeit den realen Problemen und Hoffnungen der Menschen, vor allem der sozial Benachteiligten, zugewandt hat, statt sich in ideologischer Selbstbeschäftigung und innerparteilichem Machtgerangel zu zerreißen.

4. In Thüringen hat die PDS mit 26,1 % und fünf Direktmandaten ein herausragendes Ergebnis erreicht und die Situation gegenüber ihrem Ausgangspunkt 1990 (9,7 %) grundlegend verändert. Soziales Engagement und soziale und politische Verankerung unter den Menschen in Thüringen hatten sie bereits in der vergangenen Legislaturperiode zur wirklichen Opposition im Land gemacht. Das ist von den Wählerinnen und Wählern ho-

noriiert worden. Der starke Spitzenkandidat Bodo Ramelow, der auch persönlich für diese Politik steht, hat dazu wesentlich beigetragen.

5. Der Erfolg darf und muss heute im Vordergrund stehen. Nichtsdestotrotz ist auch klar, dass die Rückkehr einer PDS-Fraktion in den Deutschen Bundestag 2006 (oder bei vorgezogenen Neuwahlen) eine große Herausforderung bleibt. Die strategische Schärfung des politischen Profils der PDS als realistische, konsequent demokratische Linkspartei, als Partei der sozialen Gerechtigkeit und einer Partei für den politischen Alltag ist dafür die entscheidende Bedingung. Die Ausgangspositionen der PDS haben sich klar verbessert. Die zu lösenden Aufgaben sind jedoch in jeder Hinsicht groß.

6. Die 3,3 Prozent für die NPD in Sachsen sowie die lokalen Wahlergebnisse der NPD in der Sächsischen Schweiz, der rechtsextremen Bündnisse in Dresden und Chemnitz sind alarmierend und erfordern eine konsequente Politik aller demokratischen Parteien gegen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Antisemitismus und Neofaschismus.

Bodo Ramelow: PDS-Spitzenkandidat in Thüringen: Eine Bestätigung für unsere Politikangebote

Unser hervorragendes Landtagswahlergebnis beweist, dass die PDS bei Bürgerinnen und Bürgern anerkannt ist und den anderen Parteien Paroli bieten kann. Fünf Direktmandate sind eine Bestätigung für unsere Politikangebote – mehr soziale Gerechtigkeit, mehr Demokratie! Die PDS hat bei dieser Wahl eindeutig gewonnen und wird den deutlichen Oppositionsauftrag erfüllen. Dieser Zuspruch aus der Bevölkerung gibt uns kräftigen Rückenwind für die kommenden politischen Auseinandersetzungen und zusätzliche Kraft für die bevorstehende Kommunalwahl.

Die PDS tritt in Thüringen zum ersten Mal mit sage und schreibe 2048 Kandidaten an. Unser Ziel bleibt, arrogante Machtstrukturen nicht nur im Landtag, sondern auch in Stadtparlamenten, Gemeinderäten und in Kreistagen anzugreifen und klarzumachen, dass „selbstherrliche Fürsten vom Thron gestoßen“ werden können. Der Politik sozialer Kälte muss eine Politik für mehr Gerechtigkeit entgegengesetzt werden.

Das Landtagswahlergebnis ist ein klares Signal u.a. für mehr direkte Demokratie, für mehr Mitbestimmung, auch in Zweckverbänden, für gerechte Kommunalabgaben und gegen unsinnige Müllverbrennungsanlagen. Rechts- und demokratiefreie Zonen können nur durch engagierte Bürger und mit Unterstützung von PDS-Vertretern im Landtag, in den Kreistagen, Stadt- und Gemeinderäten beseitigt werden. Jedes Mandat zählt. Jede Stimme zählt. Jetzt erst recht!



Sylvia-Yvonne Kaufmann, PDS-Spitzenkandidatin bei den Europawahlen: Die Haltung zu Europa ist für die sozialistische Linke eine strategische Frage

Unsere Botschaft „Für ein soziales, demokratisches und friedliches Europa!“ ist bei den Wählerinnen und Wählern angekommen. Gestärkt ziehen wir wieder ins Europäische Parlament ein. Zugleich meldet sich die PDS als Bundespartei zurück. Unser Wahlergebnis beweist, dass die Menschen in Deutschland eine linke sozialistische Partei wollen. Das ist die eigentliche politische Botschaft dieser Wahlen. Zu verdanken ist das Wahlergebnis vor allem jenen Genossinnen und Genossen, die mit großem Optimismus und einem herausragenden persönlichen Einsatz einen schwierigen Wahlkampf geführt haben. Ihnen allen möchte ich sehr herzlich danken.

Die PDS muss nun nach vorn blicken und sich im Rahmen der begonnenen Strategiedebatte der Frage zuwenden, ob sie ihr Profil als proeuropäische linkssozialistische Partei schärfen will oder ob sie sich hin zu einer Anti-EU-Partei entwickelt. Der Lackmустest dafür wird sein, welche Haltung die PDS zum Europäischen Verfassungsvertrag, der voraussichtlich auf dem EU-Gipfeltreffen am 17./18. Juni in Brüssel verabschiedet wird, einnimmt.

Ich rufe deshalb die Partei auf, sich mit dem dann vorliegenden Verfassungstext gründlich vertraut zu machen und darüber umgehend eine fundierte Debatte zu beginnen – und zwar im Unterschied zur bisherigen Diskussion frei von parteiinternen Personalquerelen, Diffamierungen und ohne linkssektiererische Totschlagargumente. Es muss in der Partei möglich sein, den Verfassungstext konkret mit der bestehenden EU-Vertragslage zu vergleichen, um ihn allseitig und



sachlich begründet auszuloten. Dabei ist absolut unstrittig, dass die PDS, wie bisher, jene Bestimmungen entschieden ablehnt, die die Entwicklung der EU hin zu einer Militärmacht befördern.

Die PDS wird zu berücksichtigen haben, dass mit der Europäischen Verfassung eine Neugründung der Europäischen Union verbunden ist. Vor diesem Hintergrund und der Tatsache, dass nationalistische Kräfte EU-weit erheblich an Terrain gewonnen haben, muss sich die Partei nun entscheiden, ob sie die im Verfassungsvertrag enthaltenen deutlichen Fortschritte in Richtung von mehr Demokratie, gestärkten Bürgerrechten sowie in sozialer Hinsicht unterstützt oder ob sie sich in der Tradition der KPD bewegt, die das Grundgesetz ablehnte und sich damit ins gesellschaftliche Auskapultierte. Das ist eine strategische Frage für die Zukunft der PDS.

Ich bin überzeugt, dass viele Menschen in unserem Land eine andere Politik in Europa wollen – eine Politik, die sich dem Neoliberalismus entgegenstellt, vor allem die Massenarbeitslosigkeit bekämpft, und weltweit auf zivile Konfliktlösung setzt. Für eine solche Politik wird sich die PDS im Europäischen Parlament entschlossen engagieren. Sie muss darauf orientieren, gezielt in die aktuellen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen mit konkreten politischen Alternativen einzugreifen, damit eine solche Politik in Europa möglich wird.

Ergebnisse der Parteien, die sich der Konföderalen Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke (GUE/NGL) zuordnen

Land	Partei	Sitze	Ergebnis
Tschechische Republik	Komunistická strana Čech a Moravy	6	20,3%
Zypern	Progressive Party of Working People	2	27,89%
Dänemark	Socialistisk Folkeparti (SF)	1	8,1%
	Folk B	1	5,2%
Finnland	Vasemmistoliitto	1	9,1%
Frankreich	Parti Communiste Français	3	5,3%
Deutschland	Partei des Demokratischen Sozialismus	7	6,1%
Griechenland	Kommunistiko Komma Elladas	3	9,5%
	Synaspismos	1	4,2%
Italien	Partito della Rifondazione Comunista	5	6,1%
	Partito dei Comunisti Italiani	2	2,4%
Niederlande	Socialistische Partij	2	6,5%
Portugal	PCP	2	9%
Spanien	Izquierda Unida	1	4,2%
Schweden	Vänsterpartiet	2	12,8%
Summe der Sitze		39	